

13.41

Bundesrat Silvester Gfrerer (ÖVP, Salzburg): Geschätzter Herr Präsident! Liebe Frau Bundesministerin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Damen und Herren auf der Galerie und zu Hause! Schauen wir zuerst auf die Punkte, in denen wir uns im Bundesrat beim Thema Ökostromgesetz vielleicht doch einig sind! Wir wissen, die Klimaveränderung findet statt, die haben wir vor Ort. Es gibt sehr viele Ursachen. Hitzetage werden jedes Jahr mehr, Kälte und Frost gibt es zu den unüblichsten Zeiten, intensive Niederschläge oder auch Trockenheit und Dürre sind zu verzeichnen und Unwetter und Katastrophen werden mehr und immer intensiver. Die Folgen im Einzelnen zu erläutern erübrigt sich. Der Allgemeinheit, sprich die Steuerzahler kostet jedes Unwetterereignis jedenfalls sehr viel Geld.

Diese Veränderung zeigt sich am stärksten in der Natur selbst, und die vielen Menschen, die wie die Bauern und bäuerlichen Familien mit und von der Natur leben, die ihre Produktionsstätten unter freiem Himmel haben, sind davon in erster Linie betroffen. Viele Haus- und Wohnungsbesitzer können ebenfalls betroffen sein. Straßen und Wege werden unterspült und weggerissen. Hunderttausende Kubikmeter Material donnern bei Unwettern von den Bergen in die Täler.

Man kann natürlich sagen, dass es so etwas schon immer gegeben hat, aber alle Experten stellen fest, dass die Klimaveränderung rascher denn je voranschreitet. Beobachtet man die Natur, spürt man im eigenen Bereich, dass sich da in einer Generation, innerhalb von nur 30 Jahren, enorm viel verändert hat.

Was muss die Antwort auf diese Klimaveränderung sein? – Die Bundesregierung hat sich sehr ambitionierte Ziele gesetzt, um dem Klimawandel und der Erderwärmung entgegenzuwirken. 100 Prozent Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie bis 2030 ist so ein Ziel. Es ist im Regierungsprogramm so verankert. Es zu erreichen hat oberste Priorität, grundlegend einmal zum Wohle unserer Bevölkerung, aber auch, um Österreich damit weiterhin als Vorbild in der Energiepolitik zu erhalten, sodass wir die Klimapolitik auf EU-Ebene und international mit größerer Glaubwürdigkeit positiv mitgestalten können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was können und was müssen wir als verantwortliche Politiker tun? Welche Möglichkeiten haben wir? – Ein paar Fakten dazu, warum wir dieses Ökostromgesetz, ein Überbrückungsgesetz so dringend brauchen: Die Forstwirtschaft ist heute noch kaum angesprochen worden, viele kleine Waldbesitzer in allen Bundesländern befinden sich wirtschaftlich in einer extrem schwierigen Situation. Ausschlaggebend dafür war die lange Trockenheit, die Dürre im Vorjahr. Der Borkenkäfer-

und allgemein der Schädlingsbefall in den Wäldern ist gestiegen. Im Osten Österreichs trugen Stürme und Unwetter im Herbst das ihre dazu bei, in Kärnten und Osttirol Windwürfe, und aufgrund der schweren Schneefälle in letzter Zeit kam auch noch Schnebruch hinzu.

Das Ergebnis: Hunderttausende Festmeter Holz liegen kreuz und quer in den Wäldern. Ein sehr hoher Anteil gehört wegen Nichtbringbarkeit zum minderwertigen Holzsortiment, für das es keine oder nur ganz schlechte Absatzmöglichkeiten gibt. Dadurch fehlt auch der Anreiz, Waldpflege zu betreiben, und Schutzwälder verlieren ihre Funktion. Daher wäre es äußerst wichtig, wenn wir zumindest einen Teil davon als Biomasse absetzen könnten.

Damit jetzt zum Ökostromgesetz: Jedes Bundesland ist mehr oder weniger betroffen, und wir sind die Bundesländervertreter. In Salzburg geht es zum Beispiel bei sechs Anlagen darum, ob diese weiter betrieben werden können oder gezwungenermaßen stillgelegt werden müssen. Sie erbringen eine Leistung von 13 600 Kilowatt und versorgen über 30 000 Haushalte mit Strom. Es geht um circa 300 Arbeitsplätze mit einer Wertschöpfung von 14 Millionen Euro.

Ich muss dich fragen, Herr Kollege Wanner: Ist das für dich okay? Willst du das wirklich? Ich glaube nicht, dass du das willst, und trotzdem wollt ihr dagegen stimmen. Sind dir die Arbeitsplätze und die betroffenen Familien wirklich egal?

Kommen wir nach Kärnten: In Kärnten sind acht Anlagen mit einer Stromerzeugung von 30 000 Kilowatt betroffen. 57 000 Haushalte können mit Strom versorgt werden. 530 Arbeitsplätze mit einer Wertschöpfung von 26 Millionen Euro sind betroffen. Wollt ihr, liebe Kollegen aus Kärnten, Herr Bundesratspräsident, Herr Kollege Günther Novak, Herr Kollege Gerhard Leitner, dass über 500 Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt werden? Wollt ihr wirklich diesen guten ökosozialen Weg verlassen, und ist es euch egal, wenn Atomstrom und Heizöl importiert werden müssen? (*Bundesrat **Schennach**: Nein!*)

So könnte man die Aufzählung Bundesland für Bundesland fortsetzen. Wollt ihr von der SPÖ-Fraktion wirklich, dass einkommensschwache Familien nicht in den Genuss der Energieabgabebefreiung kommen? 300 000 Haushalte sind betroffen. Auf alle diese Fragen müssen Sie antworten, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPÖ, und Sie müssen das dann auch verantworten. (*Bundesrat **Schennach**: Das tun wir!*)

20 Prozent der Ökostromproduktion und ein Drittel der erneuerbaren Fernwärme stammen aus gemäß Ökostromgesetz geförderten Holzkraftwerken. 3 Millionen Tonnen CO₂ werden jährlich durch Strom- und Wärmeproduktion in Holzkraftwerken eingespart. Durch die Wärmenutzung von Holzkraftwerken werden 450 Millionen Liter Heizöl ein-

gespart. Der Betrieb von Holzkraftwerken sichert österreichweit 6 400 Arbeitsplätze im vor- und nachgelagerten Bereich. Holzkraftwerke produzieren unabhängig von Jahreszeit und Witterung durchgängig und bedarfsgerecht Ökostrom und gleichen damit Produktionsschwankungen von Wasserkraft-, Windkraft- oder Photovoltaikanlagen aus.

Eines der Hauptargumente für Biomasse ist sicherlich, kreislaforientiert und nachhaltig zu wirtschaften, den Rohstoff, den wir sozusagen vor der Haustüre haben, noch stärker einzusetzen. Ich bin froh, dass die beiden Abgeordneten der Grünen, denen Sachpolitik wichtiger als Parteipolitik ist, mit uns mitstimmen und so diese Überbrückungsmaßnahme ermöglichen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst mich zum Schluss noch ein paar persönliche Anmerkungen anbringen: Seit Juli 2018 darf ich für Salzburg als Bundesrat tätig sein und muss feststellen, dass meiner Wahrnehmung nach noch kein Tagesordnungspunkt für die Bundesländer so wichtig wie dieser war. Von diesem Gesetz ist jedes Bundesland betroffen. Ihr tragt mit die Verantwortung, wenn wir dann nach Hause fahren und morgen darauf angesprochen werden und möglicherweise hinterfragt wird, ob der Bundesrat überhaupt noch Sinn macht, wenn dieses Gesetz nicht positiv über die Bühne geht. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ. – Ruf bei der SPÖ: Eine schlechte Rede!)*

Ihr habt es in der Hand, eine Zweidrittelmehrheit zu ermöglichen. Als Ländervertreter kann und muss man dieser Novelle zustimmen, denn wer Ökostrom abdreht, dreht Atomstrom aus dem Ausland auf und setzt über 6 000 Arbeitsplätze aufs Spiel. Deshalb mein eindringlicher Appell an euch, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPÖ-Fraktion: Ihr habt es in der Hand, ob wir in Österreich den ökosozialen Weg weitergehen können! Ermöglichen Sie die notwendige Zweidrittelmehrheit, stimmen Sie heute diesem Gesetz zu! Ab morgen können wir gerne verhandeln, dann aber über das neue Gesetz ab 2020. – Danke. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

13.51

Präsident Ingo Appé: Zu Wort gemeldet ist der Herr Vizepräsident, Herr Bundesrat Magnus Brunner. Ich erteile es ihm.